



STELLUNGNAHME

Frieden gibt es nicht umsonst! Bundshaushalt 2024: Krisenprävention, Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung stärken statt schwächen

Die Welt braucht dringend Frieden! 237.000 Menschen sind im Jahr 2022 weltweit durch Kriege gestorben. Die Zahl der bewaffneten Konflikte ist auf dem höchsten Stand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Nach UN-Berichten ist ein Viertel der Menschheit davon betroffen. Mehr als 100 Millionen Menschen sind auf der Flucht, mehr als je zuvor.

Kriege und gewaltsame Konflikte werfen die Weltgemeinschaft in ihren Bemühungen weit zurück, Armut und Hunger zu beenden, die Klimakrise zu bewältigen und Ungleichheit zu überwinden. Die Halbzeitbilanz für die 2015 beschlossenen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen fällt ernüchternd aus. Deutschland ist deshalb aufgefordert, mehr Investitionen auf den Weg bringen, um die Ziele bis 2030 noch erreichen zu können! Die Bundesregierung muss mehr Mittel für die Prävention, Beilegung, Nachsorge von Gewaltkonflikten und Friedensförderung bereitstellen. Auch die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe benötigen eher mehr Mittel verglichen mit den Vorjahren.

Doch die Bundesregierung plant für den Bundshaushalt 2024 die Mittel für Krisenprävention und -bewältigung um mehr als ein Viertel zu kürzen. Für humanitäre Hilfe soll es 36% weniger Geld geben. Insgesamt sind für den Etat des Entwicklungsministeriums 2024 Kürzungen um 5% vorgesehen. Das Budget des Auswärtigen Amtes will die Regierung sogar noch viel drastischer zusammenstreichen. So kann Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen nicht gerecht werden. Dabei reicht es bei vielen Titeln nicht aus, auf Kürzungen zu verzichten, da bei den derzeitigen Inflationsraten gleichbleibende Zahlen faktisch Mittelkürzungen bedeuten.

Mehr Kriege und bewaffnete Konflikte

Nach einem Rückgang gewaltsamer Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren ist deren Zahl in den vergangenen zehn Jahren wieder kontinuierlich angestiegen. 2022 verzeichnete das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung 21 Kriege. Die Zahl der gewaltträchtigen Krisen stieg von 164 auf 174, von denen rund 30 Prozent oder insgesamt 53 in Asien und Ozeanien beobachtet wurden. Es gibt heute mehr bewaffnete Konflikte als je zuvor seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Nach UN-Berichten lebt ein Viertel der Menschheit in Kontexten, die von Gewaltkonflikten geprägt sind. Schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine waren 274 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Infolge der Covid-Pandemie, des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der Sanktionen verteuerten sich zudem Nahrung, Düngemittel und Energie, dazu kommen Dürreperioden und die Klimakrise. Daher wird mehr Geld gebraucht, um auch nur im bisherigen Umfang Hilfe leisten zu können. Vor diesem Hintergrund ist der Plan, einschlägige Haushaltstitel des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und des Auswärtigen Amtes (AA) zu kürzen, unverantwortlich. So kann die Bundesregierung weder die Selbstverpflichtungen in den Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ (2017) umsetzen, noch den Aussagen in der kürzlich veröffentlichten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ gerecht werden. Darin heißt es ausdrücklich (S. 42): „Die Bundesregierung wird ihr Engagement in einem integrierten Ansatz der internationalen Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung, humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit weiter verstärken, dabei den Schutz des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellen und die Interessen von Frauen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen besonders berücksichtigen.“

Rückzug aus internationalen Verpflichtungen?

Deutschland hat sich international dazu verpflichtet, 0,7% seiner Wirtschaftsleistung in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren und mitzuhelfen, die 2015 beschlossenen Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDG 1-17) bis 2030 umzusetzen. Nun steht die Halbzeitbilanz der SDGs bevor, und sie wird ernüchternd ausfallen. Nach anfänglichen Fortschritten war der globale Erfüllungsgrad 2019 bei rund 66% angelangt, seitdem ist Stagnation und 2021 sogar ein Rückschritt zu verzeichnen. Das gilt insbesondere für die ärmsten Staaten. Fortschritte bei ökologischen, sozialen und ökonomischen Indikatoren drohen zunichte gemacht zu werden. 2022 gab die Bundesregierung insgesamt 33,3 Milliarden Euro zur Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung, Klimafinanzierung, Demokratieförderung und Hilfe für Geflüchtete aus (das waren 13,5% mehr als 2021, wobei sich der Zuwachs teilweise aus den Ausgaben für geflüchtete Menschen aus der Ukraine erklärte). Diese Größenordnung darf auf keinen Fall unterschritten werden. Mit den geplanten Kürzungen im Entwicklungsetat würde sich Deutschland aus der Zusage verabschieden, Klimaanpassungshilfen für einkommensschwache Länder bis 2025 auf jährlich mindestens sechs Mrd. € zu steigern. Das würde ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Ländern des Globalen Südens gefährden und wäre eine schwere Hypothek für die kommende UN-Weltklimakonferenz COP28 in Dubai. Die geplanten Kürzungen stehen zudem im Widerspruch zu den Aussagen des Koalitionsvertrags von 2021, in dem angekündigt wurde, dass Ausgabenerhöhungen für militärische Zwecke und für Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft im Verhältnis 1:1 gestaltet werden sollen.

Mittel für Zivilen Friedensdienst, Krisenbewältigung und Wiederaufbau sichern

Laut des Entwurfs des Bundeshaushalts sollen die Mittel des BMZ für Krisenbewältigung und Wiederaufbau von knapp 1,3 Mrd. € auf 962 Mio. € gekürzt werden. Diese Haushaltsposition ist unerlässlich, um einen substanziellen Beitrag zur Prävention von Gewalt in fragilen Regionen und für die Nachsorge nach bewaffneten Konflikten zu gewährleisten. Hier darf auf keinen Fall gekürzt werden, sondern der Titel sollte auf 1,4 Mrd. € erhöht werden, damit im selben Umfang wie bisher Maßnahmen in Krisenregionen gefördert werden können.

Die Mittel für den Zivilen Friedensdienst (ZFD) werden mit demselben Haushaltsansatz wie 2023 ausgewiesen. Um die Inflation auszugleichen, müssten die Mittel jedoch steigen. So kommt der Entwurf faktisch einer Kürzung gleich. Seit Gründung des Zivilen Friedensdienstes 1999 arbeiteten rund 1.800 internationale ZFD-Fachkräfte in mehr als 60 Ländern. Derzeit engagieren sich etwa 380 internationale ZFD-Fachkräfte in rund 45 Ländern: etwa 120 in Afrika, knapp 80 in Lateinamerika, rund 70 in Asien, rund 70 im Nahen Osten und etwa 40 in Europa, darunter auch in der Ukraine. Dieses Instrument hat sich in den vergangenen 25 Jahren bewährt und enorm professionalisiert. Damit diese Qualität nicht verloren geht und grenzüberschreitende Friedensarbeit weiterhin im selben Umfang stattfinden kann, muss der Haushaltsansatz erhöht werden. Die Fortführung der laufenden Projekte bei steigenden Kosten, die geplante Verstärkung des ZFD-Engagements, u.a. in der Ukraine und am Horn von Afrika, sowie der strategische Ausbau der Arbeit im Environmental Peacebuilding, insbesondere mit Blick auf die Klimakrise, sind nur mit einer Erhöhung der Mittel um mindestens zehn Millionen Euro möglich. Für die längerfristige Perspektive benötigt der ZFD entsprechende Verpflichtungsermächtigungen (VE) für die nächsten Jahre.

Förderung der Menschenrechte und Beiträge für die Vereinten Nationen

Die Ausgaben für Maßnahmen zur Stärkung der Menschenrechte sollen 2023 von 33,4 Mio. € auf 33,0 Mio. € (2023) gekürzt werden. Das ist angesichts der weltweit abnehmenden Spielräume für Menschenrechtsarbeit ein falsches Signal. Auch für die Beiträge zu den Missionen und Krisenpräventionsaktivitäten der Vereinten Nationen gilt: sie sind notwendiger denn je. Beim 75. Jubiläum der Vereinten Nationen forderten die Mitgliedstaaten die Stärkung von „global governance“ und die UN 75 Deklaration sprach von der Notwendigkeit, Instrumente für die Förderung des Friedens und zur Prävention von Gewaltkonflikten zu verbessern. Der Generalsekretär wurde aufgefordert, Empfehlungen zu erarbeiten, um die gemeinsame Agenda („our common agenda“) voranzubringen und aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu bewältigen (UN75 declaration - A/RES/75/1). Guterres' Bericht ‚Our Common Agenda‘ wurde im September 2021 veröffentlicht. Für den 2024 geplanten Zukunftsgipfel kündigte UN-Generalsekretär Guterres eine „Neue Agenda für den Frieden“ an. Dafür konnten Mitgliedstaaten und zivilgesellschaftliche Netzwerke Vorschläge unterbreiten. Die Umriss der „New Agenda for Peace“ wurden nun in einem Policy Brief vorgestellt. Die darin enthaltenen wichtigen und wegweisenden Empfehlungen können nur dann umgesetzt werden, wenn die Mitgliedstaaten verlässlich ihre Beiträge leisten.

Freiwilligendienste für junge Menschen ausbauen, nicht einschränken

Auch jenseits der genannten Budgets des AA und des BMZ plant die Bundesregierung massive Kürzungen bei der Finanzierung von Freiwilligendiensten im In- und Ausland. Dies steht im Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung von 2021, in der ausdrücklich eine „Stärkung“ der Freiwilligendienste angekündigt wurde. Für 2024 sind für den Haushaltstitel „Jugendfreiwilligendienste“ 25 Mio. € weniger eingeplant als 2023, für 2025 sollen die Ausgaben um weitere 15 Mio. € verringert werden. Damit stünden für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und den Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD) statt 120 Mio. € ab 2024 nur noch 95 Mio. € und ab 2025 nur noch 80 Mio. € zur Verfügung. Die geplante massive Kürzung trifft nicht nur junge Menschen, sondern auch langjährige zivilgesellschaftliche Partnerschaften. NGOs aus Deutschland setzen sich mit ihren Partnern weltweit für Verständigung, soziale Gerechtigkeit, Klima und Umweltschutz ein und engagieren sich für Demokratie. Viele Einsatzstellen werden aus Kostengründen keine Freiwilligen mehr aufnehmen können, Einsatzländer fallen weg. Es ist davon auszugehen, dass ausgerechnet in einer Zeit voller Krisen die bewährte internationale Zusammenarbeit vielfach nicht fortgeführt werden kann. Erst kürzlich hat eine wissenschaftliche Untersuchung ergeben, dass schon in den vergangenen Jahren unter jungen Menschen eine große Nachfrage zu verzeichnen war. Es gab weitaus mehr Bewerbungen für freiwilliges Engagement im In- und Ausland als Plätze. Anstatt immer neue Debatten über eine Dienstpflicht zu führen, sollte die Bundesregierung alles dafür tun, das freiwillige soziale Engagement von jungen Menschen zu fördern, statt es auszubremsen.

Forderungen für den Bundeshaushalt 2024

Titel	Plan 2023 In Tausend Euro	Entwurf 2024 In Tausend Euro	Forderung In Tausend Euro
Einzelplan 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung			
Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur (687 06-023)	1.228.632	962.000	1.400.000
Ziviler Friedensdienst (687 32-023)	60.000	60.000	70.000
Einzelplan 05 Auswärtiges Amt			
Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland (687 32-029)	2.708.000	1.720.000	Mindestens 2.700.000
Krisenprävention, Stabilisierung und Friedens- förderung (687 34-029)	565.616	409.566	650.000
Maßnahmen zur Förderung der Menschen- rechte (687 23-029)	33.400	33.000	Mindestens 33.400
Einzelplan 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend			
Freiwilligendienste (684 11-290)	120.700	95.000	120.700

Impressum

Herausgeberin:

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Geschäftsstelle der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Großbeerenstr. 13a
10963 Berlin
T: +49 30 4000 65 118
kontakt@pzkb.de
www.pzkb.de

Berlin, September 2023



PLATTFORM
ZIVILE
KONFLIKT
BEARBEITUNG

